

Wandel der Werkstätten

Sozialministerin besucht Göttinger Werkstätten: Cornelia Rundt erteilt Forderungen nach Schließung Absage

Von Jörn Barke



Cornelia Rundt (rechts) besichtigt die Göttinger Werkstätten. Hinzmann

Gimte/Dransfeld/Göttingen. Behindertenwerkstätten sind nach Ansicht von Niedersachsens Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) auch weiterhin notwendig. Forderungen nach Schließung aller Werkstätten im Zuge der Inklusion, mit der Behinderte bessere Möglichkeiten in der Gesellschaft bekommen sollen, erteilte die Ministerin bei einem Besuch in der Region eine Absage. Die Einrichtungen müssten sich aber in Zukunft wandeln und ein Stück weit inklusiver werden, so die Ministerin. So könnten sich Behindertenwerkstätten in Zukunft für andere Teilnehmer öffnen, etwa für Langzeitarbeitslose.

Rundt besuchte Einrichtungen der Göttinger Werkstätten in Gimte, Dransfeld und in Göttingen. Bei den Göttinger Werkstätten arbeiten 380 Menschen ohne und 680 Menschen mit einer seelischen oder geistigen Behinderung. Rundt sprach mit Beschäftigten, der Werkstattsratsvorsitzenden Kristina Schulz und Geschäftsführer Holger Gerken.

Bei den Gesprächen ging es auch um Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Mindestlohns, Probleme bei der Instandhaltung der Gebäude und Fragen des Arbeitsrechts für Behinderte. Rundt regte an, dass Behindertenwerkstätten vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückgangs zukünftig auch Aufgaben in der Nahversorgung auf dem Land übernehmen könnten. Hierzu müssten aber rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Gemeinsam mit den beiden SPD-Landtagsabgeordneten Gabriele Andretta und Ronald Schminke, die den Besuch begleiteten, wurde über mögliche Modellprojekte in der Region diskutiert.